
Sozial und politisch umsteuern

Politisches Forum zur Programmreform*

Dieter Schulte:

Alternativen für mehr Beschäftigung, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit

Die Demonstration am 15. Juni 1996 hat gezeigt: Die Gewerkschaften stehen nicht am Rande, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ganze Familien, Rentner und ausgesprochen viele Jugendliche haben in Bonn demonstriert. Nicht, weil sie Reformen verhindern wollen, auch nicht, weil sie Sparen nicht für sinnvoll halten, sondern weil sie den von der Regierungskoalition eingeschlagenen Weg ablehnen. Mehr noch, die Menschen teilen mit uns die Befürchtung, daß die Bundesregierung die Weichen in verhängnisvoller Weise gegen Wachstum und Beschäftigung gestellt hat: Die Stärken des Wirtschaftsstandortes werden nicht gefördert, Impulse für dringend erforderliche wirtschaftliche Investitionen bleiben aus. Statt dessen werden maßgebliche Pfeiler der Sozialpartnerschaft in unserem Lande zerstört.

Es geht um die Frage, wie wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken können. Dies ist auch der Kern unserer programmatischen Erneuerung, mit der wir einen neuen Konsens über notwendige Reformen herbeiführen wollen. Wir mischen uns ein, weil wir der Überzeugung sind, daß die Politik begreifen muß, daß sie eine Gestaltungsaufgabe hat. Sie muß mehr sein als nur der Nachvollzug von vermeintlichen Sachzwängen eines globalisierten Wettbewerbs. Es geht darum, Handlungsspielräume auszuloten und dann auch zu handeln.

* Der Beitrag von Dieter Schulte sowie die nachfolgenden, in Auszügen dokumentierten Statements von Anke Fuchs, Hans-Peter Repnik, Joschka Fischer, Angelika Zähmt, Harald Schartau und Hubertus Schmoldt waren Grundlage des „Politischen Forums zur Programmreform“, zu dem der DGB unter dem Titel „Sozial und ökologisch umsteuern!“ am 19. Juni 1996 nach Bonn eingeladen hat.

Kostenreduzierung kann Innovationen nicht ersetzen

Es gibt inzwischen eine Debattenlage, die so falsch ist, wie sie schief ist. Mit ihr will ich mich zunächst auseinandersetzen, um dann in einem zweiten Schritt unsere Vorschläge und Leitbilder zu erläutern.

Seit einigen Jahren gibt es einen Katastrophenchor, der offenbar nichts Besseres zu tun hat, als den Wirtschaftsstandort Deutschland herunter -, man kann auch sagen kaputtzureden. Und weil dieser Standort derartig herunter sei, müsse man nun zusammenstreichen, kürzen, schlicht den Gürtel enger schnallen. Die Mitglieder dieses Katastrophenchors halten sich, das ist das Verblüffende, für die fortschrittlichen Modernisierer in diesem Land. Und für diese Modernisierer sind alle anderen, und dazu zählen sie auch uns, die Gewerkschaften, Dinosaurier der Vergangenheit, Verhinderer, die ewig Gestrigen. Defensiv und innovationsschädlich ist in Wahrheit aber das, was sich im praktischen Handeln von Bundesregierung und Arbeitgeber verbänden durchsetzt. Dies folgt eben nicht der Erkenntnis, daß Innovation eine größere Triebfeder für Wachstum ist als schlichte Kostenreduzierung.

Der DGB hat in den letzten Tagen einen Brief von Herrn Dregger erhalten, in dem er uns mitteilt, wie notwendig ein Weg zur Stärkung von Innovationen sei. Wir sagen ihm: Dann geht doch endlich diesen Weg! Und warum so zaghaft? Und warum nur reden? Taten sind gefragt. Warum hat die Bundesregierung denn jahrelang die Forschungsförderung zurückgeschnitten? Warum haben wichtige Teile der deutschen Industrie ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung gekürzt? Warum drücken sich Jahr für Jahr die Unternehmer vor der Ausbildung von jungen Menschen und beklagen sich dann über den Mangel an Facharbeitern? Und warum werden jetzt die öffentlichen Programme für die Weiterbildung zusammengestrichen?

Statt dessen wird in der Öffentlichkeit ein Zukunftsbild gezeichnet, das in gefährlich naiver Weise die Vision einer Dienstleistungsgesellschaft propagiert. Die Vision einer Gesellschaft, in der Vollbeschäftigung durch ein Grundeinkommen ersetzt werden soll. Aber wer den Abschied von der Vollbeschäftigung propagiert, will in Wahrheit nur verdecken, daß ihm die Konzepte zur Überwindung von Arbeitslosigkeit fehlen. Und wer die Zukunft alleine in der Dienstleistungsgesellschaft vorgaukelt, will nur verdecken, daß er die Kraft für Innovationen in den Industrieunternehmen nicht mehr hat. Wenn aber unser Land seine Stärken verliert, wenn die Kraft zu Innovationen und zu Kreativität für neue Produkte erlahmt, wenn wir nicht mehr ausreichend in die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen investieren, wenn wir nichts mehr tun für die Weiterbildung von Arbeitslosen, wenn wir nicht ständig die öffentliche Verwaltung modernisieren und die Infrastruktur in unserem Lande auf hohem Niveau halten, dann verlieren wir tatsächlich den Anschluß. Dann bleibt uns am Ende nichts weiter, als zurückzugehen auf das Niveau eines Billiglohnwettbewerbs. Dann müßte der Sozialstaat tatsächlich auf ein sehr niedriges Niveau heruntergeschraubt werden.

Eckpunkte des neuen Grundsatzprogramms

Wir stehen in Deutschland in der Auseinandersetzung zwischen zwei Interessengruppen: auf der einen Seite die Menschen, die wissen, daß ihre Zukunft von ihrer Arbeitskraft, von ihrer Leistung und von der Möglichkeit, ihre Qualifikation zu verbessern, abhängt; auf der anderen Seite diejenigen, denen es angesichts der Globalisierung letztendlich egal ist, wo sie ihr Geld anlegen. In dieser Debatte beziehen wir deutlich Stellung, auch mit dem Entwurf des neuen Grundsatzprogramms:

- Wir setzen Schwerpunkte. Wir wollen zeigen, wo die Gewerkschaften besondere Erfahrungen mitbringen und deswegen auch eine besondere Kompetenz haben. Deswegen haben wir die Kernfragen unserer Arbeitsgesellschaft an den Anfang unseres Programms gestellt. Hier sehen wir für das bevorstehende Jahrzehnt den größten Orientierungsbedarf.

—Wir halten an dem Ziel der Vollbeschäftigung fest, aber wir bleiben nicht bei der Zielbestimmung stehen, sondern benennen auch zentrale Elemente einer Strategie, die sich an diesem Ziel orientiert. Die Arbeitszeitpolitik hat für uns eine Schlüsselfunktion. Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und mehr Zeitautonomie für die Beschäftigten sind dabei die Eckpunkte.

—Mit neuen Tarifverträgen haben wir bereits ein hohes Maß an Flexibilität erreicht. Aber Qualifizierung, Arbeitsmarktbrücken und Forschungsförderung müssen hinzukommen, denn wir wissen, daß gerade in den forschungsintensiven Bereichen Wettbewerbsstärke gewonnen werden muß. Vollbeschäftigungspolitik muß sich deshalb aus einem ganzen Paket von Maßnahmen zusammensetzen. Und Vollbeschäftigungspolitik setzt die Zusammenarbeit von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften voraus.

- Die ideologischen Barrieren gegen zukunftsichernde Industriepolitik müssen endlich aufgegeben werden. Die mit Arbeitgebern und Regierung vereinbarten Branchendialoge müssen verstetigt und ihre Verbindlichkeit muß gestärkt werden. In gemeinsamen industriepolitischen Initiativen liegt die Chance, die sozial-ökologische Reformstrategie auch wirtschaftlich umzusetzen. Umweltpolitische Enthaltensamkeit hingegen wäre absolut kontraproduktiv, sie würde uns im globalen Wettbewerb nur zurückwerfen. Was wir statt dessen brauchen, ist eine Reformstrategie mit Augenmaß. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund heißt Augenmaß: Wir wollen keine Umweltpolitik, die den Umweltdreck nur in andere Länder verlagert, aber wir wissen auch, daß es viele hervorragende ökologische Innovationen der Unternehmen nur deshalb gibt, weil der Gesetzgeber Rahmenbedingungen gesetzt hat, also sanften Druck ausgeübt hat. An solchen zielführenden Konzepten wollen wir als Gewerkschaften mitarbeiten.

Angebot zur Kooperation

Keiner von uns wird behaupten wollen, er habe endgültige Konzepte in der Tasche. Und mit dem neuen Grundsatzprogramm wollen auch wir nicht vor-

gaukeln, wir hätten für alles die allumfassenden Antworten. Aber: Wir machen Vorschläge zur Überwindung der Tatenlosigkeit. Und durch konkrete Vorschläge, zum Beispiel zur ökologischen Steuerreform oder zur Einführung einer emissionsorientierten Kraftfahrzeugsteuer, haben wir gezeigt, daß wir bereit sind, auch positive Vorhaben der Regierung mitzutragen. Gerade auch deswegen ist es so fatal, daß die Regierungskoalition mit dem Bruch der Verabredungen vom 23. Januar dieses Jahres unsere Bereitschaft zur Kooperation zurückgewiesen und damit die Basis für einen gemeinsamen Weg zerstört hat. Dabei ließe sich mit sozialen und ökologischen Reformprojekten auch national durchaus einiges tun. Gerade jetzt wäre es wichtig, daß Signale gesetzt werden. Es geht nicht darum, alles sofort zu verwirklichen, aber es muß erkennbar sein, daß der Einstieg in ökologische Innovationsprojekte gewollt und gefördert wird. Untersuchungen der OECD und der Europäischen Kommission belegen, daß die Nachfrage nach Umweltgütern überproportional ansteigen wird. Wer immer diese Güter anbieten kann, wird damit auch Arbeitsplätze schaffen. Wichtig ist aber, daß die erforderlichen Anreize schnell kommen, denn nur so kann sichergestellt werden, daß die Wettbewerbsvorteile eines solchen technisch-ökologischen Innovationschubs Beschäftigungseffekte bringen. Die defensive Haltung in Teilen der Industrie und der Parteien ist da völlig kontraproduktiv.

Aus der Programmdiskussion im DGB wissen wir, wie mühsam jeder Aufbruch zu Innovationen ist. Und die Umsetzung einer sozial-ökologischen Reformstrategie ist außerordentlich konfliktreich. Aber gerade deswegen verstehen wir unsere programmatische Erneuerung als Angebot an andere Gruppen der Gesellschaft zur Zusammenarbeit — Zusammenarbeit nicht als Selbstzweck, sondern mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu sichern. Das Fatale ist, daß sich bei den Arbeitgebern derzeit diejenigen durchsetzen, die eine andere Republik wollen. Jede Initiative von BDA-Präsidenten Klaus Murmann, unsere Kooperationsangebote anzunehmen, ist vom BDI-Präsidenten ausgebremst worden. Hans Olaf Henkel, das sagt er auch offen, will den Konflikt.

Die Gewerkschaften haben seit dem vergangenen Jahr die Hand der Zusammenarbeit weit ausgestreckt. Mit unseren Vorschlägen für ein Bündnis für Arbeit wollten wir ein koordiniertes Verhalten von Tarif-, Sozial- und Finanzpolitik verbindlich verabreden. Und wir halten daran fest, weil wir die Stärken des Wirtschaftsstandortes festigen wollen und vor dem Hintergrund veränderter Weltmarktbedingungen ausbauen müssen, weil wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen wollen, und weil wir zur Lösung der Finanzprobleme der Sozialversicherungen und der öffentlichen Haushalte beitragen wollen. Wir wollen wirksame und tragfähige Reformen. Dazu gehört, daß die Belastungen der Arbeitnehmer mit Steuern und Abgaben nicht weiter zunehmen sollen. Deswegen muß innerhalb dieses Handlungsrahmens umgesteuert werden. Die Verteuerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs auf

der einen Seite muß durch die Entlastung des Faktors Arbeit auf der anderen Seite ausgeglichen werden. Ökologische und soziale Reformen müssen zusammengeführt werden. Das ist der Kerngedanke unserer sozial-ökologischen Reformstrategie. Und es darf nicht von dem Prinzip der solidarischen Sicherung abgegangen werden, dies ist und bleibt unsere gewerkschaftliche Grundüberzeugung.

Nun wissen wir aus Erfahrung, daß man Solidarität nicht verordnen kann. Die Zeiten, in denen die Solidarität der Arbeitnehmer sozusagen aus dem Milieu heraus entstanden ist, sind vorbei. Solidarität braucht die Akzeptanz bei denen, die solidarisch sein sollen. Der Satz, man dürfe die Solidarität der Menschen nicht überbeanspruchen, ist doch in den Reihen der Christdemokraten entstanden. Das ist ein guter Satz, nur die Regierung handelt nicht danach.

Ich möchte hier nicht im Abstrakten bleiben: Man kann diesen Vorwurf zum Beispiel an Hand der sozialen Sicherungssysteme belegen. Wer den solidarischen Sozialversicherungen in den letzten Jahren immer mehr Fremdlasten in zweistelliger Milliardenhöhe auferlegt und damit die Beitragssätze in die Höhe getrieben hat, der trägt damit eindeutig die Verantwortung dafür, daß die Solidarität der Beitragszahler nicht nur überbeansprucht wurde, sondern jetzt auch verloren geht - und genau das wollen die Vertreter der Neoliberalen ausnutzen. Aber das Gegenteil muß geschehen. Wer Zukunft gestalten will, muß die solidarischen Kräfte in unserer Gesellschaft stärken. Die neoliberale Tatenlosigkeit muß endlich überwunden werden. Wie denn sonst will die Politik in den Herausforderungen der Zukunft bestehen? Auch in den Parteien und Parlamenten wird wohl klar sein, daß ohne die solidarische Initiative der Mitbürger politisches Handeln nicht mehr möglich ist. Sozialstaatliche Gestaltung und demokratische Gesellschaft, das sind die Leitziele - auch in globaler Sicht.